

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 12. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 18.08.2010**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:03 Uhr bis 17:12 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	TN bis 17:45 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	i. V. für Herrn Kley
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	TN bis 17:42 Uhr
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Annemarie Kraft	Verwaltung	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Gerry Kley	FDP	Vertreter: Herr Dr. Wöllenweber
-----------------	-----	---------------------------------

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 12. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 5.1. Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungssatzung)  
Vorlage: V/2009/08278  
abgesetzt wegen gleicher Voten in den Fachausschüssen
- 5.3. Jahresabschluss 2009 Eigenbetrieb Kindertagesstätten  
Vorlage: V/2010/08886  
abgesetzt wegen gleicher Voten in den Fachausschüssen

---

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

- 5.2.2 Änderungsantrag vom Stadtrat Bernhard Bönisch (CDU) zum Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung (Vorlage-Nummer: V/2010/09097)  
Vorlage: V/2010/09117

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erklärte, dass dies kein eigenständiger Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion sei, sondern eine Änderung zum Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung. Diese Änderung erfolgte im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.08.2010.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:                    zugestimmt**

### **Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.06.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1. *Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungssatzung)*  
Vorlage: V/2009/08278 *abgesetzt*
  - 5.2. *Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)*  
Vorlage: V/2009/08279
    - 5.2.1 *Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung*  
Vorlage: V/2010/09097
  - 5.3. *Jahresabschluss 2009 Eigenbetrieb Kindertagesstätten*  
Vorlage: V/2010/08886 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
  - 8.1. Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.06.2010**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 11. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses.

**Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2010.**

#### zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

---

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

#### zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.2. **Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)**  
Vorlage: V/2009/08279

zu 5.2.1 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung**  
Vorlage: V/2010/09097

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat Herrn Bönisch, seine Änderungen zum Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion noch einmal darzulegen.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erklärte, dass dies kein eigenständiger Änderungsantrag gewesen sei, sondern der Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung (Vorlage: V/2010/09117) bleibt. Er schlug lediglich eine Änderung zum § 5 (4) vor und dieser wurde im Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaft zugestimmt.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Stadtratsfraktion**, bestätigte dies.

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Wehrich, Herr Dr. Müllers, Herr Geier** und **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat **Herrn Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, um entsprechende Ausführungen. Er gab das Wort an **Herr Dr. Müllers, Amtsleiter Ordnungsamt**, weiter.

**Herr Dr. Müllers, Amtsleiter Ordnungsamt**, erläuterte, dass im Bezug auf § 4 (2) der Marktgebührensatzung für die Nutzung entsprechende Nutzungsgebühren verlangt werden können und wies darauf hin, dass die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis und der Gebührenbescheid zwei voneinander getrennte Verwaltungsakte sind.

Weiter erklärte er, dass durch eine solche Änderung sich die materielle Rechtslage in der Sondernutzungssatzung ändern würde und machte dies an der Haushaltsrechnung des Amtes 32 deutlich.

Der Kassenannahmerest für das Jahr 2008 bezüglich der Sondernutzungsgebühren belaufe sich auf 31.450,49 Euro und somit ergibt sich ein Ist-Bestand in Höhe von 412.194,17 Euro. Für das Jahr 2009 beläuft sich der Kassenannahmerest auf 16.110,30 Euro und der Ist-Bestand auf 507.031,62 Euro. Weiter wies er darauf hin, dass bei der Durchführung von den Vor-Ort-Kontrollen mit dem Vollzugsdienst nur geprüft wird, ob die Sondernutzungserlaubnis vorliegt.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, machte darauf aufmerksam, dass vom Dezernat I andere Zahlen im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften genannt worden und bat um Aufklärung der unterschiedlichen Zahlen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat Herrn Geier um Klärung und sagte bis zum Stadtrat eine Prüfung der unterschiedlichen Zahlen zu.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fasste zusammen, dass bei einer Zustimmung des Änderungsantrages auch die Sondernutzungssatzung zu ändern wäre, da sonst zwei Satzungen mit widersprüchlichem Inhalt existieren würden. Es bestehe dann keine Möglichkeit, dies in der Tagesordnung der Stadtratssitzung im August zu behandeln.

**Herr Geier** und **Herr Dr. Müllers** bestätigten, dass die Anzahl der säumigen Bürger, die es betreffen würde, gering sei.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, erläuterte die Intentionen des Änderungsantrages der FDP-Fraktion, nämlich die Kann-Bestimmung in eine Ist-Bestimmung umzuwandeln. Er brachte zum Ausdruck, dass die Bürgernähe durch die Ist-Bestimmung im Antrag nicht gefährdet wäre.

Die FDP-Fraktion würde dahingehend ihren Änderungsantrag zurückziehen und der Änderung von Herrn Bönisch folgen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, fragte die FDP-Fraktion, ob er auch den Punkt zwei des Änderungsantrages zum § 6 (2) zurückziehen wolle.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, verneinte dies.

Daraufhin bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** Herrn Dr. Müllers, dazu nochmals Erläuterungen zu geben.

**Herr Dr. Müllers, Amtsleiter Ordnungsamt**, bezog sich auf seine bereits gemachten Ausführungen, dass dies für die Stadt Halle im Bezug auf Bürgernähe nicht gut wäre.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bestätigte die Ausführungen und erklärte, dass dieses Verfahren eine verwaltungsinterne Angelegenheit wäre und sie dies mit einer Dienstanweisung regeln würde.

Sie unterbreitete den Vorschlag, dass jeder genehmigte Einzelfall durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft und dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt wird.

Damit erklärten sich die Mitglieder des Hauptausschusses einverstanden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der Vorlage. Der Änderungsantrag wurde nicht abgestimmt.

#### **zu 5.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung Vorlage: V/2010/09097**

---

##### **Beschlussvorschlag:**

§ 5 (4) wird wie folgt geändert:

~~„Die Erteilung der Erlaubnis kann ist von der vorherigen Zahlung der Gebühren Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden.~~

**Die erteilte Erlaubnis wird grundsätzlich erst mit der Bezahlung der Gebührenschild wirksam.**  
Soweit ~~der Vorschuss die Vorauszahlung die endgültige Gebührenschild Kostenschild~~ übersteigt, ist ~~er sie~~ zu erstatten.“

§ 6 (2) wird wie folgt ergänzt:

„...Jeder genehmigte Einzelfall muss den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschuss des Stadtrates schriftlich mitgeteilt werden.“

**Abstimmungsergebnis:**

**keine Abstimmung**

Anmerkung: Im Finanzausschuss am 17.08.2010 erfolgten im § 5 (4) Textänderungen im Beschlussvorschlag durch Antrag von Herrn Bönisch (CDU):

**§ 5 (4) Die erteilte Erlaubnis wird grundsätzlich erst mit der Bezahlung der Gebührenschuld wirksam.** Soweit der ~~Vorschuss~~ die Vorauszahlung die endgültige Gebührenschild ~~Kostenschuld~~ übersteigt, ist er sie zu erstatten.“

Der Vertreter der FDP-Fraktion erklärte sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

**zu 5.2     Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)  
Vorlage: V/2009/08279**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

1. *Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung).*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.*

**zu 6     Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es gab keine Anträge von Fraktionen und Stadträten.

**zu 7     schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es gab keine schriftlichen Anfragen von Stadträten.

## zu 8      **Mitteilungen**

---

### zu 8.1      **Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

#### weitere Mitteilungen:

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte über das Schreiben von **Herrn Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, zur Beförderung von Schülern mit Behinderung zum Schuljahr 2010/2011 sowie den aktuellen Sachstand.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, schlug vor, dazu eine Information im Bildungsausschuss bezüglich der Reaktionen auf die Bescheide seitens der Eltern und dem jeweiligen Sachstand zu geben.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, sagte dies zu und berichtete, dass eine Lösung mit dem Stadtelternrat angestrebt wird, um die bedauerlichen Störungen zu beseitigen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verdeutlichte nochmals, dass Menschen mit Behinderung Unterstützung sowie Sozialleistungen erhalten, wenn ein amtsärztliches Attest und eine Beurteilung zu Grunde liegt. Dies sei für die Ausgewogenheit erforderlich.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte zur Verkehrsregelung in Kröllwitz. Sie gab bekannt, dass die Aufstellung von 30-Zone Schildern im Sportschulbereich der Dölauer Straße erfolgte. Durch den Umbau der Grundschule Kröllwitz müssen die Schülerinnen und Schüler eine stark befahrene Straße überqueren. Um die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten wurden 200 Meter vor sowie hinter dem Sportschulbereich die 30-Zone Schilder aufgestellt. Eine spätere zusätzliche Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen befürwortete Frau Oberbürgermeisterin.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass in der Stadtratssitzung im August 2010 die Beschlussvorlagen (TOP 3.3 bis 3.5) im nicht öffentlichen Teil vertauscht wurden und bittet um die Umsortierung der Vorlagen entsprechend der Einladung.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte über ein Schreiben an das Landesamt für Geologie und Bergbau zum Thema "Dickstoffversatzanlage" in Angersdorf. Es ist den Fraktionen zugänglich gemacht worden, um diese in das Verfahren mit einzubeziehen. **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Hinweise und Reaktionen auf das Schreiben.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte, welche Beeinträchtigungen bei einem Störfall für die Bürger der Stadt entstehen würden und ob die Stadt Halle über ein Sicherheitskonzept sowie über die Transportbeziehung informiert. Weiter fügte **Herr Wehrich** hinzu, dass deutlich gemacht werden müsse, worin die Betroffenheit der Stadt Halle besteht und zu diesen Punkten vom Betreiber ganz genaue Aussagen zu fordern seien.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, diese Punkte vom Betreiber abzufordern und mit dem Landesamt für Geologie und Bergbau zu prüfen und dass zum gegebenen Zeitpunkt eine Information diesbezüglich erfolgt.



---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass eine Klärung mit dem Landesrechnungshof zu den benötigten Informationen der Fraktionsfinanzierung erfolgte, die Verwaltung zurzeit einen Vorschlag erarbeitet und es einen Dialogprozess mit den Fraktionen zur Abstimmung geben wird.  
Eine entsprechende Beschlussvorlage wird dann in den Stadtrat eingebracht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat in diesem Zusammenhang die Fraktion DIE LINKE., zu prüfen, ob sie ihren Antrag dazu zurückziehen würde. Des Weiteren bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Frau Schmidt, Büroleiterin**, zum Sachstand der gegenwärtigen Fraktionsfinanzierung zu berichten.

**Frau Schmidt, Büroleiterin**, erläuterte den aktuellen Stand der Finanzierung für die Fraktionsgeschäftsstellen. Die Entgeltabrechnung wird weiterhin über das Personalamt erfolgen, allerdings müssen noch kleinere organisatorische Dinge geklärt werden bezüglich der Betriebsnummer und der Rechtsform der Fraktionen.

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Bönisch, Herr Wehrich, Herr Krause** sowie **Herr Dr. Meerheim**.

**Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion**, bat um Prüfung wie dies in Magdeburg gehandhabt wird.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beauftragte **Herrn Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, einen Vorschlag einzubringen, der mit den Fraktionen diskutiert werden kann um den rechtlichen Korpus zu klären.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte über das Google Street View Vorhaben und äußerte sich über die positiven und negativen Aspekte. Weiter informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darüber, dass momentan eine Prüfung erfolgt, inwieweit die öffentliche Hand in Widerspruch gehen kann. **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat sich in den Fraktionen zu diesem Thema abzustimmen und die Hinweise und Bedenken in einer Fraktionsvorsitzendenrunde zu diskutieren, damit dies dem Stadtrat vorgetragen werden könne.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** gab bekannt, dass die Städte Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart und Wuppertal Google Street View ermöglichen bzw. angefragt wurden.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## **zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Herr Krause, SPD-Stadtratsfraktion**, fragte nach dem Sachstand zur Bildung des Hauptamtes.

**Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, berichtete, dass der Personenkreis der Betroffenen definiert wurde und jetzt das Mitbestimmungsverfahren läuft.

**Herr Krause, SPD-Stadtratsfraktionen**, äußerte Bedenken, ob sich der Personenkreis an dem Beschluss vom Dezember 2007 orientiert hat.

**Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, bestätigte die Orientierung an dem Beschluss und die festgelegten definierten Aufgabenstellungen. Weiter teilte **Herr Geier** mit, dass es auch Abstimmungen zu gebäudetechnischen Dingen gab.

**Herr Krause, SPD-Stadtratsfraktionen**, bat diesbezüglich um eine genaue Darstellung von Herrn Geier.

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Stadtratsfraktion**, sprach die deprimierende öffentlich gewordene Situation zum Kunstmuseum Moritzburg an. Sie fragte nach der Aufsichtspflicht der Stadt, die im Stiftungsrat vertreten ist.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass der jeweilige Oberbürgermeister im Stiftungsrat vertreten sei, aber es keine Beteiligung im Sinne der Mitfinanzierung gäbe. Weiter erläutere **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass nicht die Stadt Halle, sondern die Saalesparkasse eine bestimmte Summe zahlt, um den Betrieb der Moritzburg zu unterstützen. **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, weitere Fragen im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte, wie die Stadtverwaltung mit dem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Geschäftsordnung umgehen wird und ob die Verwaltung einen Entwurf vorlegt oder die Fraktionen auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Bezug nehmen sollen.

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Bönisch, Herr Wolter, Herr Krause**, sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion**, bat um die Bildung einer Arbeitsgruppe mit den Fraktionen und der Verwaltung in der der Vorschlag der SPD beraten wird.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** unterstützte die Bildung einer Arbeitsgruppe mit den Fraktionen und der Verwaltung.

Dazu wird **Frau Schmidt, Büroleiterin**, in Abstimmung mit **Herrn Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, bzw. dem Rechtsamt die Arbeitsgruppe bilden und einladen. Aus den hervorgehenden Abstimmungen wird die Verwaltung eine Vorlage erarbeiten, die in den Stadtrat einzubringen ist.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

## **zu 10     Anregungen**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte nach den Entscheidungen und dem vorgeschlagenen Beschlusstext des Kulturausschusses zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Ehrung halleischer Bürgerinnen und Bürger, die die Stadt Halle (Saale) in den Apriltagen des Jahres 1945 vor der Zerstörung bewahrt haben.

Es diskutierten **Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Herr Wehrich, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Bartl, Herr Dr. Meerheim** und **Herr Wolter**.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** schlug vor, den Beschlusstext aus dem Kulturausschuss zu übernehmen. Es müsste dann noch ein öffentlicher Ort, zum Beispiel auf dem Marktplatz geprüft und entschieden werden.  
Dieser Vorschlag könnte dann dem Stadtrat im September vorgelegt werden.

---

**Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion**, regte an zu veranlassen, dass in den Fachausschüssen zukünftig die kompetenten Vertreter der Verwaltung zu dem jeweiligen Thema teilnehmen.

Es gab keine weiteren Anregungen

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beendete die 12. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

A. Kraft  
Protokollführerin